

es für selbstverständlich, daß ein Volk, das so siegt, auch die Früchte des Sieges pflücken und seine Zukunft militärisch und wirtschaftlich unbedingt wahren muß. Das Volk will keinen Verständigungsfrieden, der dem Volkskörper jahrelanges Elend und Siechtum unfehlbar bringt. Es will Ersatz für die Opfer an Gut und Blut; es will Sicherung des Reiches nach Westen, damit Flotte und Handel freie Ausfahrt zum Weltmeer haben, und unser großes Industriegebiet nicht wehrlos dem Gegner offen liegt. Es will Ansiedlungsland im Osten und Schutz unserer Ostmark gegen feindlichen Einbruch durch starke militärische Grenzstellung. Es will schließlich Warentschädigung und Bereitstellung von Rohstoffen, damit die Industrie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Es verlangt auch, daß das leider neu gegründete Königreich Polen so gebändigt wird, daß es nicht als ein neuer, begehrlicher, feindlicher Nachbar sich unseren Grenzen vorlagert.

Diese allgemeine Stimmung kommt von Tag zu Tag klarer zum Durchbruch. Sie zeigt sich in dem ständigen Anwachsen der deutschen Vaterlandspartei, deren Ziel, den Siegedenken, wo er eingeschlummert ist, zu wecken, sich deckt mit den militärischen Anordnungen. Wunsch und Gebet des Volkes gehen dahin, daß ein Mann aufstehen möge, der die Flaumacher zum Teufel jagt. Ein solcher Mann im Lande würde von dem Volk hinter der Front alles verlangen und erreichen können.“ —

Der Mann blieb uns versagt. Die Kräfte der Zersekung konnten fast ungestört weiter arbeiten an der Vergiftung des Volkskörpers.

9.

Die Brest-Litowsker Verhandlungen — Der Berliner Januarstreik

Mit größter Befriedigung hatte die sozialdemokratische Mehrheitspresse die Erklärung der Delegationen der Mittelmächte in Brest-Litowol vom 25. Dezember aufgenommen. Bekanntlich war darin die Bereitswilligkeit ausgedrückt, sofort einen Frieden ohne gewaltsame Gebiets-erweiterung und ohne Kriegsschädigungen zu schließen unter der Voraussetzung, daß alle kriegführenden Staaten diesen Grundsatz sich vorbehaltlos innerhalb einer angemessenen Frist zu eigen machten. Allgemein wurde anerkannt, das deutsche Friedensprogramm sei nun völlig klargestellt („Vorwärts“ 27. Februar; „Münchener Post“ 27. Dezem-